

Berliner Erklärung
der Konferenz der Innenpolitischen Sprecher
am 13. Februar in Berlin

Der Anschlag von Berlin fordert unser Land heraus. Der Tod und die Verletzung vieler Menschen machen uns traurig und betroffen. Aber der Terror darf und wird unsere Gesellschaft nicht dauerhaft erschüttern.

Wir wollen, dass Toleranz und Respekt auch weiterhin den Umgang in unserer Gesellschaft prägen. Es ist gerade Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes, im Anderen zuerst den Nächsten und nicht den Feind zu erblicken. Wenn wir von dieser Haltung grundlegend abgehen würden, hätte der Terror bereits eines seiner Ziele erreicht. Wir werden es – gerade vor dem Hintergrund der Geschichte unseres Landes – nicht zulassen, dass uns Hass und Menschenverachtung als Lebensform aufgedrängt werden.

Wir sind stolz auf unsere Form des Zusammenlebens in Deutschland. Unsere Freiheit ist stärker als der Terror. Deshalb müssen wir sie erhalten und verteidigen.

Aufgabe des Staates ist es, uns und unsere Freiheit durch die Gewährleistung von Sicherheit zu schützen. Dass dies in Berlin nicht gelungen ist, muss Anlass zu einer Überprüfung unserer föderalen Sicherheitsarchitektur sowie der rechtlichen Befugnisse und der Ausstattung der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden im Bund und in den Ländern sein.

Wie immer gilt: Blinder Aktionismus schadet, verunsichert und besorgt damit letztlich das Geschäft der Terroristen. Überlegtes und entschlossenes Handeln ist das Gebot der Stunde.

Der Kampf für unsere Freiheit und gegen den Terror kann nur gewonnen werden, wenn Bund und Länder an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen. Deshalb darf bei der Umsetzung des jüngst vereinbarten Maßnahmenkataloges auf Ebene des Bundes nicht stehen geblieben werden. Wir unterstützen den Bundesminister des Innern bei der raschen Umsetzung seines Maßnahmenpaketes und fordern alle Länder auf, entsprechende Maßnahmen ebenfalls rasch vorzunehmen.

Es bedarf darüber hinaus weiterer Maßnahmen und insgesamt eines besseren Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen, um der Gefahr terroristischer

Anschläge entschlossen zu begegnen. Wir müssen (I.) unsere Sicherheitsarchitektur anpassen und (II.) die Logistik des Terrors zerschlagen:

I.

Die Sicherheitsarchitektur anpassen!

Es ist Kernaufgabe des Staates, den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Nur in Sicherheit ist ein Leben in Freiheit möglich. Deshalb muss unsere Sicherheitsarchitektur fortlaufend überprüft und wo erforderlich überarbeitet und so weiterhin ein starker Staat garantiert werden. Wir brauchen eine Stärkung der Polizei, der Justiz und des Verfassungsschutzes in personeller und materieller Hinsicht. Im Hinblick auf die technische Entwicklung muss eine Anpassung der Rechtslage erfolgen.

Die Konferenz der Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU fordert:

1. Verfassungsschutz stärken

- Bessere personelle und fachliche Ausstattung der Verfassungsschutzämter insbesondere im Bereich der Observation und der operativen Analyse
- Verstärkte Kooperation und Datenaustausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden bei gleichzeitigem Erhalt der föderalen Strukturen verbessern
- Festhalten am Einsatz von V-Leuten

2. Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz stärken

- Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei, Feuerwehr und des Katastrophenschutzes
- Verstärkte und zwischen Bund und Ländern harmonisierte Aus- und Fortbildung für Terrorlagen
- Einbeziehung von Feuerwehr und Katastrophenschutz in Anti-Terror-Konzepte
- Zusammenwirken von Polizei und Bundeswehr in Terrorlagen optimieren

3. Datenschutz überprüfen und die Vernetzung aller Sicherheitsbehörden verbessern

- Vereinheitlichung der Datenbanken der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern und direkte Dateneinsicht ermöglichen
- Beseitigung rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse bezüglich eines effektiven Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz in Bund und Ländern
- Datenschutz darf kein Sicherheitsrisiko sein: Neuausrichtung des Spannungsverhältnisses zwischen Datenschutz und Sicherheitsbedürfnis

4. Europäische und internationale Zusammenarbeit verbessern

- Ausbau des europäischen und internationalen Informationsaustausches
- Ausbau und Vernetzung europäischer Datenbanken im Bereich der Inneren Sicherheit

5. Telekommunikationsüberwachung verbessern

- Schaffung klarer Rechtsgrundlagen für Quellen-Telekommunikationsüberwachung und für Online-Durchsuchungen – präventiv in allen Ländern für Polizei und Nachrichtendienste sowie zur Strafverfolgung für die Strafverfolgungsbehörden.

6. Verkehrsdatenspeicherung ausweiten

- Verpflichtung zur Speicherung der Verkehrsdaten auch für Anbieter von E-Mail-Diensten und Sozialer Medien
- Verlängerung der Speicherfrist auf mindestens sechs Monate
- Nutzung der gespeicherten Verkehrsdaten auch im Fall der Terrorismusfinanzierung und beim Wohnungseinbruchsdiebstahl
- Zugriff des Bundeskriminalamtes und der Nachrichtendienste auf gespeicherte Verkehrsdaten

7. Videoüberwachung verbessern

- Ausweitung der Videoüberwachung einschließlich intelligenter Systeme
- Freischaltung der Gesichtserkennung der öffentlichen Videoüberwachung

8. Öffentliche Fahndung verbessern

- Frühzeitigere Öffentlichkeitsfahndung auch durch Nutzung sozialer Medien
- bundesweite Schleierfahndungen
- anlassunabhängige Personenkontrollen auf allen öffentlichen Straßen und Plätzen sowie in Verkehrsmitteln,
- bundesweite Einrichtung von polizeilichen Kontrollstellen ohne weitere Anordnung einschließlich des Einsatzes automatischer Kennzeichenerfassung
- Eröffnung des Zugriffs auf Daten der Mauterfassung,
- Einspeisen von Fahndungsaufrufen in Katastrophen-Warnsysteme

9. DNA-Analyse weiterentwickeln

- Fortentwicklung der DNA-Analyse im Hinblick auf bestimmte äußere Merkmale einschließlich der regionalen Herkunft
- Ausweitung der Erhebung, Speicherung und Recherche von DNA-Profilen

10. Wirksame Grenzsicherung

- Einführung eines effektiven Ein- und Ausreiseregisters
- Schutz der EU-Außengrenzen verbessern durch personelle Verstärkung von FRONTEX
- Schaffung von Transitzonen für Asylsuchende mit unklarer Herkunft an den deutschen EU-Binnen- und Außengrenzen
- rasche Schaffung eines europäischen Fluggastdatensystems

II.

Die Logistik des Terrors zerschlagen!

Gegenüber Gefährdern und Unterstützern terroristischer Organisationen ist ein unnachgiebiger und konsequenter Umgang im Rahmen unseres Rechtsstaats notwendig. Dafür müssen junge Menschen vor terroristischem Gedankengut geschützt werden, indem die Werbung für Terrororganisationen härter bestraft wird. Ferner müssen wir die lückenlose Überwachung von Gefährdern ausweiten.

Die Konferenz der Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern fordert:

1. Nachwuchsrekrutierung erschweren

- Verstärkung der Prävention im Bereich des Islamismus
- Einforderung der Verantwortung auch von Moscheegemeinden und muslimischer Verbände
- Einbeziehung der Anbieter von sozialen Medien zur Eindämmung des Cyber-Jihads

2. Gefährder isolieren

- Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Gefährdern durch rigorose Meldeauflagen und Aufenthaltsverbote
- Einführung einer elektronischen Fußfessel für Gefährder im Bund und allen Ländern
- Ausweitung der Abschiebehaft und Verlängerung des Abschiebegewahrsams
- Aufnahme einer Kronzeugenregelung in das Aufenthaltsgesetz

3. Verschärfung des Strafrechts bei Werbung für Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen und der Überwachung verurteilter Straftäter

- Strafverfolgung von Personen, die für terroristische Vereinigungen werben
- Anhebung der Mindeststrafe für die Vorbereitung terroristischer Anschläge
- elektronische Fußfesseln für verurteilte Extremisten

4. Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Terroristen

- Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit, die im Ausland für eine terroristische Vereinigung tätig sind, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren

5. Extremistische Infrastruktur schwächen

- Verstärkung der Überwachung des Darknet
- Steigerung der Transparenz islamischer Einrichtungen
- Austrocknen der Finanzquellen des Islamismus in Deutschland